

## Die Situation in Berlin im August 1961 im Lichte der polnischen Presse

Die Berlin-Krise in den Jahren 1958-1961, in der Historiographie als die Zweite Berlin-Krise bezeichnet (nach der Ersten Berlin-Krise 1948-1949), war eine Folge des Ultimatums von Nikita Chruschtschow, in dem er die Übertragung der Kontrollrechte im von den Westmächten besetzten Westberlin, den Abzug der Truppen der Westalliierten aus Westberlin und die Umwandlung Berlins in eine freie Stadt forderte (Centkowska 2005: 16). Diese Forderungen wurden von den Westmächten zurückgewiesen. Stattdessen schlugen sie die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung nach freien Wahlen vor. Der US-Präsident J. Kennedy kündigte in seiner Ansprache am 25. Juli 1961 nicht nur die rasche und umfassende Vergrößerung der konventionellen Streitkräfte in Westdeutschland an, sondern erinnerte auch eindeutig an die drei Grundsätze, an denen die USA im Hinblick auf Berlin festzuhalten entschlossen waren. Kennedy unterstrich deutlich das Recht der Westalliierten auf Anwesenheit in Berlin, auf freien Zugang nach Berlin und auf das Recht der zwei Millionen Westberliner auf Selbstbestimmung. Interessanterweise sagte der Präsident über Ostberlin kein Wort (Winkler 2007: Band II, 205). Die angespannte politische Lage und die zunehmenden Probleme in der DDR, wie z. B. die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft, verursachten den seit einigen Jahren andauernden Strom von Flüchtlingen nach Westberlin und dann nach Westdeutschland. Die Anzahl der Flüchtlinge stieg Anfang 1960 drastisch und nahm Züge einer Panik an. Allein im April 1961 verließen 30.000 Menschen die DDR (Winkler 2007: Band II, 206).

Der Partei- und Staatsführung bemächtigte sich immer mehr das Gefühl, dass der DDR infolge der Entvölkerung ein wirtschaftlicher Zusammenbruch drohte. Bereits im März 1961 forderte Walter Ulbricht, der an der Spitze des DDR-Staatsrates stand, auf einer Tagung des Warschauer Pakts eine sofortige Absperrung Westberlins vergebens. Andererseits versicherte er auf einer internationalen Pressekonferenz im Juni 1961 den Versammelten, dass niemand die Absicht habe, eine Mauer zu errichten (Winkler 2007, Band II: 205). Der Beschluss über die Grenzsperrungen wurde in Moskau im Juli 1961 gefasst, doch die offizielle Anordnung, den Strom der Flüchtlinge möglichst schnell aufzuhalten, bekam das SED-Politbüro schon Anfang August 1961. Damals wurde ein Stab für die Durchführung

der „Mauer-Operation“ unter der Verantwortung des ZK-Sekretärs für Sicherheitsfragen Erich Honecker berufen (Centkowska 2005: 17). In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 – genauer gesagt nach 1:00 Uhr – begannen die Nationale Volksarmee, die Betriebskampfgruppen und die bewaffneten Angehörigen der SED die Straßen und die Gleiswege nach Westberlin abzuriegeln. Unverzüglich begann man Befestigungen zu errichten, wobei die Grenze zu Beginn mit Stacheldraht unpassierbar gemacht wurde. Versperrt wurden über 90 Straßen, die übrigen wurden von der Armee bewacht. Die Häuser, die sich an der Grenze befanden, mussten sofort verlassen werden, Läden wurden geschlossen, die höheren Stockwerke der Gebäude abgerissen und ihre Überreste wurden, mit verriegelten Türen (Kemp 1988: 23-31), zu einem Mauerteil. Wer unbefugt in die neu eingerichtete Sperrzone zwischen den beiden Teilen der Stadt eindrang, riskierte damit sein Leben. Schon in den ersten Tagen stand fest, dass die Organe der DDR „zur Grenzsicherung“ von der Schusswaffe Gebrauch machen würden. Formell wurde dies im Befehl vom 6. Oktober 1961 bestätigt (Winkler 2007, Band II: 205). In einer offiziellen Erklärung vom 13. August 1961 nannte der Ministerrat der DDR die Schließung der Grenze als eine Antwort auf:

Verschärfung der Revanchenpolitik Westdeutschlands, (...) systematische Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik (...), regelrechten Menschenhandel (Winkler 2007: 205).

Inzwischen war das Recht auf Meinungsfreiheit in Polen, sowie in anderen Ländern im sowjetischen Machtbereich, stark eingeschränkt. Alle Medien standen unter strenger Kontrolle, und die Zensur verursachte, dass an die Gesellschaft nur ein verfälschtes Bild der Wirklichkeit gesendet wurde. Die Rolle „der Guten“ spielten die Sowjetunion und die mittelosteuropäischen Ländern, in schlechtem Lichte wurde dagegen „der mit Kapitalismus und mit imperialistischen Aufwellungen verseuchte Westen“ dargestellt. Die Texte der Artikel oder sogar von relativ kurzen Meldungen waren mit den für die Sprache der sozialistischen Propaganda charakteristischen Begriffen versehen. Die Medien, vor allem Presse, Rundfunk und Fernsehen, waren völlig vom Staat kontrolliert und stellten ein hervorragendes Propagandamittel dar. Sie ließen Informationen nicht nur in günstigem Lichte und mit entsprechendem Kommentar erscheinen, sondern übermittelten auch die sog. geeigneten Informationen, die keine Gefahr darstellten, und vor allem die Position des Staatsrates, der Regierung, der Partei und der Sowjetunion nicht in Frage stellten. Der Leser war auf „Gnade oder Ungnade bei der Informationsübermittlung von der Regierung“ angewiesen. Dieses Phänomen spiegelt sich in der Berichterstattung der polnischen Presse, sowohl in der gesamtpolnischen (u. a. „Trybuna Ludu“, „Słowo Powszechne“, „Polityka“), als auch in der regionalen („Gazeta Pomorska“, „Dziennik Wieczorny“ i „Ilustrowany Kurier Polski“), über die Situation in Berlin

vor und nach dem 13. August 1961 wider. Der Leser bekam deswegen ein verzerrtes Bild der Situation in Berlin im August 1961. Andererseits unterschieden sich einige Meldungen in verschiedenen Tageszeitungen voneinander kaum. Manchmal wurden in zwei oder drei Zeitungen dieselben Meldungen veröffentlicht. Völlig andere Informationen über die Ereignisse in Berlin holte derjenige ein, der einen Zugang zu den Verlagen hatte, die nicht der Zensur unterlagen, wie z. B. zu der Zeitschrift „Kultura“, die in Paris herausgegeben wurde.

Die Berichte von den Vorfällen in Berlin, die am 13. August 1961 stattfanden, waren in den nächsten Tagen natürlich auch in der polnischen Presse präsent, sogar in den Schlagzeilen, wobei sie immer mit einem entsprechenden Kommentar versehen wurden. Der Leser hatte mit einem längeren Text zu tun, der aber mit Propagandawortschatz durchsetzt wurde: Viele Wörter, regelmäßig wiederholte Phrasen wurden in demselben Text mehrmals verwendet. In Wirklichkeit gab es aber in den Texten keine Tatsachen und keine konkreten Fakten. Die Informationen waren nur oberflächlich und stellten die wirklichen Ereignisse in Berlin unangemessen dar – „die Dinge nicht beim Namen genannt“. Die Presse wiederholte hochtönende und propagandistische Sprüche der Vertreter der Regierung. Zumindest in den polnischen Medien tauchen solche Begriffe wie „Mauer“, „Berliner Blockade“ oder „Stacheldraht“ nicht auf. Die Rede war aber von verstärkten Sicherheitsmaßnahmen und von neuen Anordnungen, die den Verkehr zwischen West- und Ostberlin, also in der Sicherheitszone, regulieren sollten. Wichtig scheint auch die Tatsache zu sein, dass man in den Artikeln den Begriff „Westberlin“ benutzt, im Gegensatz zu „Ostberlin“, das nur sporadisch gebraucht wird. In Bezug auf diesen Teil der Stadt wird viel häufiger der Terminus „demokratisches Berlin“ verwendet. Im Lichte der Pressemeldungen in der ersten Hälfte des August 1961 erscheint das Bild der UdSSR, die:

die Stabilität im Zentrum Europas und die Festigung des Friedens weltweit anstrebt (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 25. August).

Man sollte an dieser Stelle erwähnen, dass die Russen äußerst oft von der Festigung des Friedens und der Notwendigkeit der Schließung eines Friedensvertrages mit Deutschland sprachen, wodurch sie ihre pazifistischen Bestrebungen der kämpferischen Einstellung der Westmächte gegenüberstellten. Auch der Militarismus der Westmächte wurde allen Friedensangeboten der UdSSR gegenübergestellt, indem alle Anzeichen der Verstärkung des Militärpotentials auf dem Gebiet der BRD genau verzeichnet wurden. Gleichzeitig betonte man die Tatsache, dass die DDR nur eine Freiwilligenarmee besaß. Es gab auch direkte Äußerungen, dass sich Westdeutschland in einen Gefahrenherd in Europa entwickle und die BRD-Regierung als der eifrigste Vertreter der Gewaltpolitik, als Herold des Kalten



Krieges auftrete, der bestimmt nicht dazu beitragen wolle, die Situation in Berlin und in Deutschland zu regulieren (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 25. August). Die sowjetische Argumentation und Rhetorik schlugen folgende Töne an:

„Die kommunistischen Länder sind entschlossene und heiße Kriegsgegner. Das ist der Sinn der sowjetischen Vorschläge zur allgemeinen Abrüstung. Die Imperialisten torpedieren all diese Bemühungen, weil sie immer noch an den Kampf gegen den Sozialismus und die friedliebenden Nationen denken. Die aggressivsten imperialistischen Kreise wollen den Plan des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaft verhindern. Der Kapitalismus fürchtet sich vor friedlicher Koexistenz mit Ländern mit verschiedenen Sozialsystemen. Die Vereinigten Staaten und andere Mächte rüsten zum Krieg, indem sie riesige Geldsummen für Rüstungen bestimmen. Westdeutschland hat in den letzten 10 Jahren ungefähr so viel Geld für militärische Ziele ausgegeben, wie Hitler seit 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“ (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 8. August).

Man sollte auch bedenken, dass diese Worte an diejenigen gerichtet wurden, die gerade den Krieg erlebt und seine Grauen erfahren hatten. Damit der Frieden gehalten werden konnte, sollte nach der Meinung der Sowjetunion vor allem das Problem der Deutschlandfrage gelöst werden, d.h. die Gespräche über einen Friedensvertrag sollten fortgesetzt werden. Nicht nur die Einstellung der US-Amerikaner wird in der Presse angezweifelt. Man stellte auch Vermutungen an, ob der Friedensvertrag für die US-Administration wirklich von Bedeutung ist.“ (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 5. August). Zum Ausdruck bringen dies Schlagzeilen wie „Bonn bläst in die Segeln der Stimmungen des Kalten Krieges“ in den Artikeln über Reaktionen der Westmächte auf die Friedenserklärung von Nikita Chruschtschow. Inzwischen tauchten auch Feststellungen der sowjetischen Regierung auf, dass die Infragestellung oder Einverleibung der DDR eine schlechthin gefährliche Illusion sei. Dabei erweist sich die Sowjetunion einerseits als Verteidiger der DDR-Bürger, andererseits als Friedenssänger, der alle Streitereien auf einem friedlichen Weg lösen will. Die Presseberichte zeigen die Entschlossenheit des östlichen Verbündeten, der meinte, dass:

die BRD-Regierung sich für immer bewusst machen soll, die DDR sei ein Verbündeter und Freund der Sowjetunion, der immer bereit ist, zur Hilfe zu kommen, indem sie ihre ganze Macht für die Verteidigung der Souveränitätsrechte und des Sozialsystems vor den Verlangen und Umtrieben von irgendeiner Seite zu verwenden weiß (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 5. August)

Wichtig scheint auch die Tatsache zu sein, dass die sowjetischen Behörden der Öffentlichkeit viel früher zu erklären begannen, was in Berlin am 13. August 1961 passiert ist. Schon am 8. August 1961 schrieb man

Die Sowjetunion, ähnlich wie das ganze sowjetische Volk, will natürlich nicht zulassen, dass die Kriegspsychose den Nationen der Welt das Leben vergällt. (...) Die Sorglosigkeit, die Passivität und die Einstellung, dass alles sich schon von selbst regeln wird, kommen aber nicht in Frage. (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 8. August)

Vielmehr drückte Nikita Chruschtschow seine Überzeugung aus, dass das Vorgehen der Sowjetunion bei den Einwohnern der angesprochenen Länder Zustimmung finden würde. Interessant ist auch die Tatsache, dass die Presse die Antwort auf die eventuelle Frage über die Möglichkeit der Steigerung der Rüstungsausgaben der UdSSR betonte, die theoretisch und nach Ansicht des Lesers unnötig war, weil die Bedürfnisse des Volkes, das nicht in unnötige Kosten gestürzt werden konnte, viel wichtiger als die Rüstungen waren (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 8. August). Im gleichen Ton wurde die Publizistik am 12. August 1961 gehalten. Im Artikel *Noch ein Aufruf von Chruschtschow an die Westmächte* versucht man die Leser davon zu überzeugen, dass die UdSSR bereit sei, unter Einsatz aller ihrer Kräfte den Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen und alle umstrittenen Angelegenheiten zu regulieren (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 12. August).

Von den Ereignissen vom 13. August 1961 erfuhr die polnische Gesellschaft am Montag, 14. August 1961, obwohl diese Informationen in manchen Tageszeitungen erst am Dienstag, 15. August, erschienen sind. Die Leser konnten erfahren, dass infolge der Besprechung der Unterzeichner des Warschauer Pakts, von der DDR-Regierung entsprechende Gesetze verabschiedet werden sollen, die Staatsinteressen und den Weltfrieden schützen sollen. Dies sollte beruhen auf

der Festlegung derselben Grenze zwischen der DDR und der BRD sowie zwischen West- und Ostberlin wie sie zwischen allen souveränen Staaten verläuft. Dies soll die feindlichen Vergeltungs- und Militärmaßnahmen der BRD und Westberlins verhindern (Gazeta Pomorska 1961: 14. August).

Den Presseberichten zur Folge konnten die DDR-Einwohner die Grenze nur mit einer speziellen Grenzerlaubnis überschreiten, und

die friedliebenden Einwohner Westberlins konnten nur nach Vorzeigen ihrer Personalausweise zum demokratischen Sektor Berlins kommen (...) Die Einfahrt nach Berlin wird den westdeutschen Revanchisten und Geheimagenten nicht genehmigt (Gazeta Pomorska 1961: 14. August).

Der Transitverkehr zwischen Westberlin und der BRD sollte unverändert bleiben. In der „Gazeta Pomorska“ sollte selbst der Titel bzw. die Schlagzeile *Im Sicherheits- und Friedensinteresse* die Gründe andeuten, die zur Einleitung der erwähn-

ten Maßnahmen geführt hatten. Eine Pressenotiz mit fast demselben Inhalt erschien schon am nächsten Tag im „Ilustrowany Kurier Polski“, jedoch unter dem Titel *Beschluss der DDR-Regierung über Berlin* (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 15. August). Sehr bilderreich wurde die Situation in den Zeitungen „Słowo Powszechne“ und „Trybuna Ludu“ dargestellt. Letztere präsentierte den umfassendsten Bericht über die neue Situation in Berlin. Es wurde u. a. festgestellt, dass:

die Maßnahmen der DDR-Regierung gegen Sabotageakte Westberlins, die ununterbrochen stattfinden, konsequent realisiert werden (Trybuna Ludu 1961: 15. August)

Der Leser erfährt von der Schließung der bisher unzähligen Grenzübergänge „zwischen den Stadtsektoren und der DDR-Hauptstadt“ sowie von der Einrichtung der neuen 13 Punkte, an denen man die Grenze überschreiten kann. Im Kommentar stellte der Autor fest, dass endlich eine normale Grenze festgelegt wurde, und zwar:

den Sabotageeinrichtungen Einhaltung geboten worden ist, die schon seit langem feindliche Tätigkeiten gegen die DDR geführt haben (Słowo Powszechne 1961: 15. August; Trybuna Ludu 1961: 15. August).

Interessanterweise haben die Einwohner von Berlin – laut den Presseberichten – den erwähnten Regelungen Verständnis entgegengebracht. Schon zwei bis drei Tage nach der Einführung der Regelungen wurde in den Zeitungen geschrieben, dass:

die Bevölkerung die neuen Vorschriften mit Verständnis angenommen hat, die dem Missbrauch der bisher offenen „Grenze“ durch den imperialistischen Geheimdienst gegen die DDR und ihre Wirtschaft ein Ende setzen sollen, und dass die absolute Mehrheit der Einwohner von Westberlin sich diesen Regelungen gegenüber loyal verhält. Alles kehrte zur Normalität zurück, es herrscht Ruhe und normales Leben in Berlin. Die neuen Vorschriften werden konsequent realisiert (Słowo Powszechne 1961: 17. August).

In der Zeitschrift „Słowo Powszechne“ wurde auch ein Photo von DDR-Bürgern veröffentlicht, die Anordnungen und Anzeigen der Regierung auf den Informationssäulen angeklebten (Słowo Powszechne 1961: 17. August).

Interessant ist auch der Artikel *Situation in Berlin völlig normal*, der am 15. August 1961 in „Dziennik Wieczorny“ veröffentlicht wurde (derselbe Artikel erschien auch am 16. August 1961 in „Trybuna Ludu“). Nach Meinung des Korrespondenten verläuft der Verkehr an allen Grenzübergängen in Berlin „fließend und störungsfrei“. Es werden auch genaue Statistiken angegeben, die besagen, dass an nur einem der Grenzübergänge (insgesamt gab es in Berlin 12 Übergangsstellen)



50 Fußgänger pro Stunde und 6.000 Autos täglich passieren. Ähnliche Töne schlugen auch Artikel mit den Überschriften *In Berlin herrscht Ruhe und normales Leben* oder *In Berlin ruhig* in anderen Tageszeitungen an (Ilustrowany Kurier Polski: 1961, 16. August, Słowo Powszechne 1961: 16. August). Zusammenfassend: Der polnische Leser, dessen Wissen nur auf offiziellen Medien basierte, konnte den Eindruck gewinnen, dass das Leben in Berlin ein Idyll ist, wo sich keine Tragödie abspielt, wo es keine Widerstandsversuche, keine Unzufriedenheit, keine Revolte oder sonst irgendwelche Protestformen der Einwohner gibt. Einwohner, die – laut Regierungs- und Presseberichten – auch die am 13. August 1961 eingeleiteten Maßnahmen voll unterstützen.

So waren jedoch nicht alle Pressemitteilungen bezüglich Berlin, die nach dem 13. August 1961 erschienen. Es muss betont werden, dass man durchaus über Anzeichen von Unzufriedenheit schrieb, aber der Presse nach kamen sie nur von Bewohnern Westberlins. Die Presse berichtete, dass man im westdeutschen Rundfunk dazu aufforderte, die Grenze am Brandenburger Tor zu überschreiten ebenso wie andere gefährliche Provokationen vorzubereiten. Eine dieser Provokationen sollte von der Regierung Westberlins und Westdeutschlands vor dem Rathaus veranstaltet werden, wo *aufreizende Spruchbänder* erschienen. Gerade diesem Ziel diene eine umfangreiche Notiz, in der zu lesen war, dass gerade diese „Unruhen“ das Innenministerium der DDR dazu bewegte, neue Anordnungen „zum Schutz der Bewohner der DDR und ihrer Grenzen“ zu erlassen. Demnach wurde der Grenzübergang am Brandenburger Tor am 14. August 1961 geschlossen.

Für diesen Sachverhalt wurden im Endeffekt westdeutsche Politiker verantwortlich gemacht, dennoch schätzte man die Situation in Berlin als „positiv“ ein (IKP 1961: 15. August; Słowo Powszechne 1961: 15. August). Erst einige Seiten später war eine Anordnung der Behörden zu lesen, gemäß der alle Bewohner Ostberlins ihre Arbeit in Westberlin kündigen und sie im östlichen Teil der Stadt fortsetzen sollten.

Eine detaillierte Analyse zeigt, dass man nicht so sehr über die Vorfälle in Berlin sondern eher über die deutsche und die Berliner Thematik schrieb. Einerseits wurde die Situation im Kontext der Friedensvorschläge der Sowjetunion gezeigt, die sich stark für die Sicherheit der friedliebenden (sozialistischen) Länder einsetzte. Als Gegensatz zeigte man beinahe täglich:

die steigende aggressive Politik der Westmächte, die die Kriegsmaschine antreiben und dadurch das Wettrüsten unerhört steigern, was eine extreme Spannung in den internationalen Beziehungen bewirkt (Gazeta Pomorska 1961: 31 August).

Eine sorgfältige Darstellung jeglicher Kampfmaßnahmen in Westdeutschland und Westberlin sollte die erwünschte Stimmung hervorrufen. Es ging natürlich um

amerikanisch-britische Manöver, die als Provokation interpretiert wurden und darüber hinaus als Beweis für die abnorme Situation in Berlin dienen sollten. Als Beispiel dafür wurde u.a. das Erscheinen von 50-tonnenschweren Panzern angeführt, die den Straßenverkehr behindern sollten (IKP 1961: 18 August; 30 August). Es mangelte auch nicht an Stimmen, nach denen die Anführer der USA und der Westmächte als Antwort auf den Friedensvertrag der Sowjetunion und der DDR einen Krieg entfesseln würden. Man spielte ohne Zweifel mit den Emotionen der Menschen, die die Grausamkeiten des Krieges weiterhin in Erinnerung hatten (Gazeta Pomorska 1961: 31 August). Man benutzte praktisch dieselbe Argumentation wie vor dem 13. August 1961. Man verwies regelmäßig auch auf die provokative Tätigkeit der westdeutschen- und Westberliner Kreise und ihre Vergeltungsaktionen, was wiederum weitere Anordnungen der Ostberliner Behörden erklären sollte.

Einerseits zeigte man die ruhige Situation in Berlin, andererseits übermittelte man aggressiv Informationen über Vorfälle in Bonn und über die Tätigkeit der westdeutschen Politiker sowie deren Reaktionen auf die Schritte der DDR-Regierung und die Situation in Berlin.

Dadurch wurden Westberlin und die BRD als ein Staat dargestellt, der sich mit allen Mitteln darum bemühte, die Situation in Ostberlin *bewusst zu entflammen* (IKP 1961: 25 August), und in einer solcher Lage musste man *der Diversion in Berlin ein Ende setzen* (Słowo Powszechne 1961: 27 August).

Die Presse äußerte sich ähnlich wie die sowjetischen Behörden, sie stellte Konrad Adenauer als einen Unruhestifter dar, der darüber hinaus als eine Bedrohung für den Frieden in Europa und auf der Welt stilisiert wurde. Alle seine Aussagen wurden sorgfältig wiedergegeben und meistens als „Verleumdungen gegen die DDR und die Sowjetunion“ kommentiert (Dziennik Wieczorny 1961: 15 August; Trybuna Ludu 1961: 16 August), er selbst wurde als ein „problematischer Verbündeter“ (des Westens – Anmerkung der Autorin) und „gefährlicher Wahnsinniger“ bezeichnet (Słowo Powszechne 1961: 29 August).

Im Artikel „Das Deutschland- und Berlin-Problem“ wurde nachdrücklich festgestellt:

Die Kontrollen und Beschränkungen im Verkehr schaffen Schwierigkeiten für die westdeutschen Politiker (...) es wird schwieriger sein, Mitarbeiter für ihre Spionage oder ihren RIAS-Rundfunk, der als ein Propagandawerkzeug gegen die DDR und andere sozialistischen Länder dient, anzuwerben (IKP 1961: 16 August).

Die Sowjetunion meinte, dies wären subjektive Gründe für die schlechte Stimmung der Westmächte, denn sie trugen schließlich zur Verschlechterung der Lage bei. Suggestionen, dass man für alle Unbequemlichkeiten im Grenzverkehr zwi-



schen der DDR und Westberlin die Besatzungsmächte und die BRD-Regierung verantwortlich machen sollte, erschienen erst in den nachfolgenden Tagen.<sup>1</sup>

Die Rede von W. Ulbricht vom 18. August 1961, die in allen Zeitungen vollständig abgedruckt wurde, war eine Laudatio auf die Leistungen der Sowjetunion. Seinen Behauptungen nach verlief das Leben in Berlin ruhig, doch man sollte trotzdem wachsam bleiben. Er bedankte sich im Namen des Staatsrates, der Regierung und der Partei bei allen Mitgliedern der Streitkräfte sowie bei den Angehörigen der Betriebskampftruppen für die beispielhafte Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben. Er bedankte sich auch beim Volk und bei der Regierung der Sowjetunion sowie bei den Mitgliedern des Warschauer Paktes für die Hilfe bei der Lösung von deutschen Problemen. Es mangelte auch nicht an Klagen, die, wie man leicht erraten kann, meistens gegen die Westmächte gerichtet waren:

Nach einer erheblichen Steigerung der Diversionstätigkeit sollten nach der westdeutschen Wahl günstige Umstände erschaffen werden, um die DDR anzugreifen (IKP 1961: 19 August; Dziennik Wieczorny 1961: 19 August).

Diese Ruhe sollte die Bewohner der sozialistischen Länder nicht beruhigen, sondern sie in Alarmbereitschaft versetzen, denn die Ruhe der BRD sei nur scheinbar gewesen. W. Ulbricht war der Meinung, dass:

die Behörden durch die Einführung der genannten Sicherheitsmaßnahmen zwischen der DDR, Westberlin und Westdeutschland, einen Beitrag zum Frieden geleistet haben.

Dies war auch die Erklärung für die Tatsache, dass dank der Sicherheitsanordnungen der „Kriegsherren“, wie man Westberlin bezeichnete, unter Kontrolle gebracht wurde, um dadurch den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu ermöglichen. Der ostdeutsche Staatschef gab in seiner Rede zu verstehen, dass Westberlin selbst in den kapitalistischen Ländern als eine Gefahr für den Weltfrieden angesehen werde (IKP: 1961, 19 August).

N. Chruschtschow war dagegen an der Reaktion der Westmächte auf seine Taten interessiert. Die Tatsache bleibt bestehen, dass die Westmächte nur verbal gegen den Mauerbau protestierten. Präsident J. Kennedy erwies den Bewohnern Westberlins nur einige Gesten, wie z. B. den Besuch des Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson sowie des bekannten und bejubelten General Lucius D. Clay (der Gründer der Luftbrücke aus den Jahren 1948-1949) am 19. August 1961. Darüber hinaus wurden dorthin 1500 Soldaten geschickt (Winkler: 2007, 206). Diese Handlungen

---

<sup>1</sup> u.a. *Die Berlinerfrage*, „IKP“, 20-21. August 1961, Nr 195, *Auf deutschem Gebiet existieren zwei Staaten* „Dziennik Wieczorny“, 20-21. August 1961, Nr 195; *Westberlin ist keineswegs Teil der DDR*, „Gazeta Pomorska“ vom 4. September 1961, Nr. 209.

und Reaktionen wurden von der sowjetischen Propaganda ausgenutzt und nach eigenen Vorstellungen und Wünschen beleuchtet. Die Tatsache, dass die Westmächte nichts unternommen hatten, wurde nicht ausgelassen, man betonte dafür noch die Tatsache, dass die USA jegliche Suggestionen der BRD hinsichtlich entschlossener Gegenschritte ablehnten. Man deutete an, dass die Weststaaten damit einverstanden waren, und dass die „tumultuöse westdeutsche Regierung“ nicht mit deren Hilfe rechnen konnte. Man sprach mit Genugtuung von der „allgegenwärtigen Enttäuschung“ in der BRD, deren Grund der „Mangel an sofortiger Reaktion“ der Westmächte war. Die Pressemitteilungen sollten zeigen, dass die Sowjetunion keine Regeln verletzte und den Westmächten keinen Grund zum Handeln gab, denn weder ihre Rechte noch die Rechte Westberlins wurden verletzt (IKP 1961: 18 August). In fast jeder Pressemitteilung trat die Unterstützung der Sowjetunion für die Regierung der DDR zum Vorschein. Die UdSSR machte gerade mittels der Presse ihren Bürgern klar, dass

die DDR die Grenze mit Westberlin kontrolliert um jegliche feindliche Tätigkeit gegen die DDR und die sozialistischen Länder zu verhindern (Dziennik Wierczorny 1961: 20-21 August)

Man rechtfertigte die Handlungen der DDR mit dem Recht zur Verteidigung eigener Interessen, demnach waren die Anordnungen bezüglich der Grenzen Innenanordnungen. In einer Mitteilung betonte die Regierung der Sowjetunion, dass

sich Westberlin in ein Zentrum der Spionage und politisch-wirtschaftlicher Provokationen verwandelt hatte, das gegen die Sowjetunion, die DDR und gegen andere sozialistische Länder gerichtet ist. Berlin wurde zum Sitz des sog. „Amerikanischen Komitees für die Befreiung der Völker Russlands“ (IKP 1961: 20-21 August).

Die Presse informierte am 23. August 1961, dass neue Anordnungen bezüglich Berlins in Kraft getreten seien. Es waren meistens Verschärfungen der Grenzübergangsregeln. Offiziell rief man die Bewohner West- und Ostberlins auf, zwecks eigener Sicherheit den Abstand von mindestens 100 Metern von der Mauer einzuhalten. Die in den nachfolgenden Tagen publizierten Notizen über Vorfälle, die angeblich von der westdeutschen Seite provoziert worden waren und infolge derer „mehrere ruhige Bürger gelitten haben“, hatten das Ziel die vorgegebenen „Sicherheitsmaßnahmen“ der ostdeutschen Regierung zu rechtfertigen (IKP 1961: 24 VIII; Gazeta Pomorska 1961: 26-27 August; Słowo Powszechnie 1961: 25 August).

Aussagekräftig sind die Schlagzeilen: „Angesichts der Provokation der Revanchisten. Neue Anordnungen der DDR“, „Verteidigung gegen Provokationen. Zum Schutz der Republik“ – sie zeigten schon am Anfang, wodurch die Entscheidungen

der Staatsführung verursacht wurden und wer für sie die Verantwortung trägt (Dziennik Wieczorny 1961: 23 August; Trybuna Ludu 1961: 23 August).

W. Ulbricht war der Meinung, dass im August 1961 die „Bevölkerung der DDR eine Geschichtsprobe bestanden hatte“ (Dziennik Wieczorny 1961: 26 August).

Kommentare über die Situation in Berlin erschienen in der „Polityka“ nicht am 19. August, sondern erst am 26. August 1961. In der ersten Ausgabe dominierte die Entrüstungsthematik (Polityka: 1961, nr 33, s. 10). Im Artikel: „Der Berliner August“ konzentrierte sich man vor allem auf die Friedensbestrebungen der Sowjetunion und die Tatsache inwiefern die Entscheidungen der DDR begründet waren, was die Öffentlichkeit in den westeuropäischen Ländern bestätigen sollte. Man betonte, dass *die Entschlossenheit der Mitglieder des Warschauer Paktes den Westen deprimiert hatte*.

Die Schlussfolgerung des Redakteurs lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die neue Situation ist günstig für die Verhandlungen, an denen der Westen teilnehmen kann, ohne dabei das Gesicht und das Ansehen zu verlieren und dazu noch mit Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang (Polityka 1961: nr 34, s. 9).

Seiner Meinung nach, war es vor dem 13. August nicht möglich gewesen, denn in Westberlin gab es Diversionsgruppen, deren Handlungen gegen Ostberlin gerichtet waren. Durch die Grenzensperre löste die DDR und damit auch die Sowjetunion das Problem stellvertretend für die Westmächte, die ihre Beziehungen mit der BRD nicht beeinträchtigen mussten. In derselben Ausgabe der „Polityka“ erschienen Teile verschiedener ausgewählter Texte über Berlin, die vorher in der westlichen Presse gedruckt worden waren, in denen der verbale Charakter der Proteste der Westmächte zu sehen war. Schon in der nächsten Ausgabe gab es Passagen, die die Entscheidungen von Chruschtschow rechtfertigten und darüber hinaus die Schwäche der Westmächte zeigen sollten, die nicht nur keine Lösung für die Probleme Berlins und Deutschlands hatten, sondern die ganze Zeit über nicht bereit waren, Friedensverhandlungen aufzunehmen (Polityka 1961: nr 35, s. 11).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Pole, der keinen Zugang zur unabhängigen Presse hatte und dessen einzige Informationsquelle die oben genannten Pressetitel waren, davon überzeugt gewesen sein musste, dass die Situation in Berlin eskalierte, weil die Westmächte die Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit Deutschland und jegliche Gespräche über die Lösung der Berlin-Frage ablehnten oder sogar zu einem neuen Krieg anstifteten. Die von den Sowjets und der DDR-Regierung eingeleiteten Schritte musste er dagegen als notwendig wahrnehmen und zwar nicht nur wegen der Sicherheit der auf dem Staatsgebiet der DDR lebenden Deutschen, sondern auch der Bürger anderer sozialistischer Länder.

Die Lektüre mehrerer, sich kaum voneinander unterscheidender Artikel zeigt, inwieweit die polnische Gesellschaft und die öffentliche Meinung manipuliert



wurden. Außerhalb der Zensur erschienen auch im Westen polnische Zeitungen (wie z. B. „Kultura” – die polnische Monatsschrift herausgegeben in Paris). Die Berlin-Thematik erschien in dieser Zeitschrift in verschiedenen Zusammenhängen in beinahe jeder Ausgabe. Schon im August und September 1961<sup>2</sup> schrieb man über das Hauptproblem der ostdeutschen Regierung, nämlich über die Massenflucht der Bürger der DDR in den Westen, was nicht nur bewies, dass die Regierung keine Unterstützung hatte. Die Flucht beeinträchtigte die Funktionsfähigkeit des ganzen Staates, besonders der Wirtschaft (Mieroszewski, *Wojna o Niemcy* „Kultura” 1961, Nr. 9, S. 89-97).

In der Oktoberausgabe der „Kultura” in der Skizze „Berliner Notizen” von *berlińczyk* bekommt man ein ziemlich subjektives Bild der Ereignisse in der Nacht vom 12. zum 13. August 1961, ebenso wie die Darstellung von Umständen, unter denen die damals wichtigen Entscheidungen fielen sowie die wahren Beweggründe der ostdeutschen Regierung. In diesem Text gibt es kein Wort über spezielle Anordnungen usw. Stattdessen spricht man von Betonpfählen und Verhauen, die die NVA- und Grenztruppen „unter dem Schleier der Nacht” aufstellten. Die Schlussfolgerung des Autors war die folgende:

„in einem Monat wird die Stadt von einer Mauer aus Ziegelsteinen und Lochziegeln geteilt sein, die angeblich dem sozialistischen Wohnungsbau dienen sollten” und „auf beiden Seiten stehen Deutsche...und schauen sich in die Augen” (Kultura 1961: Nr. 10, S. 97-102).

Der Mauerbau war nichts anderes als eine Manifestation des Systems, das sich ausschließlich auf Zwang stützte und das seine Bürger nur mit Gewalt im Land halten konnte, um weiter zu existieren. Die Sowjetunion konnte nicht tatenlos zusehen, wie sein Westposten einfach untergeht (Winkler: 2007, 205).

Die Tatsache bleibt aber bestehen, dass Chruschtschow ein geringes Risiko einging, denn der Mauerbau verletzte keines der drei Rechte von denen J. Kennedy sprach, eigentlich respektierte er alles, was der Westen für seine Grundinteressen hielt.

Die Maßnahmen, die am 13. August 1961 unternommen wurden, griffen Deutsche aus der DDR und nicht den Westen an. Der 13. August 1961 und der Mauerbau waren für die Deutschen eine weitere und zugleich die tiefste Zäsur seit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 oder eigentlich seit der Kapitulation am 8. Mai 1945 (Winkler: 2007, S. 206).

*Aus dem Polnischen von Bartosz Zwierzchowski und Rafał Łuczkowski*

---

<sup>2</sup> Texte für die September-Ausgabe wurden mit Sicherheit vor dem 13.08.1961 geliefert.

## Literatur:

- Centkowska A., *Mur berliński. Od podziału do jedności*, Toruń 2005.
- Winkler H. A., *Długa droga na Zachód, t. II. Dzieje Niemiec 1933-1990*, Wrocław 2007.
- Kemp A., *Uciec z Berlina*, Warszawa 1988.
- Berlińczyk, *Notatki Berlińskie*, „Kultura” Nr. 10 (1961), S. 97-102.
- Mieroszewski J., *Wojna o Niemcy*, „Kultura” Nr. 9 (1961), S. 89-97.
- *Berlinie pisali*, „Polityka” Nr. 34 (1961), S. 9.
- *Berlinie w Ameryce i Afryce*, „Polityka” Nr. 35 (1961), S. 11.
- Pasierbiński T., *Kontrola zbrojeń, czy rozbrojenia?*, „Polityka” Nr. 33 (1961), S. 10.
- T. Z., *Berliński sierpień*, „Polityka” Nr. 34 (1961), S. 8.

## Tagespresse:

- *Adenauer – kłopotliwy sojusznik*, „Słowo Powszechne”, 29.08.1961, Nr. 206.
- *Berlin Zachodni nie jest w żadnym razie częścią Niemieckiej Republiki Federalnej*, „Gazeta Pomorska”, 4.09.1961 r., Nr. 209.
- *Bonn dmucha w żagle zimnowojennych nastrojów*, „Słowo Powszechne” z 11.08. 1961, Nr. 191.
- *Chruszczow nawołuje Zachód do rozsądku*, „IKP” 8.08. 1961., Nr. 184.
- *Co uczynią alianci? W Berlinie spokój i normalne życie*, „IKP” 16. 08. 1961, Nr. 191.
- *Decyzja słuszna i konieczna*, „Trybuna Ludu” 16.08.1961, Nr. 223.
- *Dla ochrony republiki*, „Trybuna Ludu” 23.08.1961, Nr. 231
- *Jeszcze jedno wezwanie Chruszczowa do mocarstw zachodnich*, „IKP” 12.08.1961, Nr. 188.
- *Manewry wojsk okupacyjnych w Zachodnim Berlinie*, IKP 18.08.1961, Nr. 193.
- *Na obszarze Niemiec istnieją dwa państwa*, „Dziennik Wieczorny” 20-21.08. 1961, Nr. 195.
- *Noty rządów państw zachodnich do ZSRR*, IKP z dnia 18.08.1961, Nr. 193.
- *Nowe wezwanie władz NRD do mieszkańców Berlina Zachodniego*, „Gazeta Pomorska” 26-27.08. 1961, Nr. 202.
- *Nowe zarządzenia ochronne władz NRD*, IKP 24.08.1961, Nr. 198.
- *Położyć kres dymwersji w Berlinie*, „Słowo Powszechne” 27.08. 1961, Nr. 204.
- *Pożar w porę opanowany. Przemówienie Waltera Ulbrichta*, „IKP” 19.08. 1961, Nr. 194; „Dziennik Wieczorny” 19.08.1961, Nr. 194.
- *Problem Niemiec i Berlina*, „IKP” 16.08.1961, Nr. 191.
- *Protest rządu radzieckiego*, „IKP” 25.08.1961, Nr. 199.
- *Rząd radziecki jest gotów do rokowań*, „IKP” 5.08.1961, Nr. 182.
- *Sprawa Berlina*, „IKP” 20-21.08.1961, Nr. 195.
- *Na obszarze Niemiec istnieją dwa państwa*, „Dziennik Wieczorny” 20-21.08.1961, Nr. 195.
- *Sprawa Berlina*, „IKP” 20-21.08.1961, Nr. 195.
- *Sytuacja w Berlinie całkowicie normalna* „Dziennik Wieczorny” 15.08.1961, Nr. 190.
- *Uchwala rządu NRD w sprawie Berlina*, „IKP” 15.08.1961, Nr. 190.
- *W Berlinie po ostatnich decyzjach rządu*, „Słowo Powszechne” 15.08.1961, Nr. 194, „Trybuna Ludu” 15.08.1961, Nr. 222.
- *W Berlinie-spokój*, „Słowo Powszechne” 16.08.1961, Nr. 195.
- *W interesie bezpieczeństwa i pokoju*, „Gazeta Pomorska” 14.08.1961, Nr. 191.
- *W obronie przed aktami prowokacji*, „Słowo Powszechne” 25.08.1961, Nr. 203.
- *W trosce o umocnienie bezpieczeństwa mitujących pokój państw*, „Gazeta Pomorska” 31.08. 1961, Nr. 206.
- *Wobec prowokacji odwetowców. Nowe zarządzenia władz NRD*, Dziennik Wieczorny 23.08.1961, Nr. 197.
- *Zarządzenie magistratu Berlina demokratycznego*, „IKP” 15.08.1961, Nr. 190.

- *Zarządzenie Ministra Spraw Wewnętrznych NRD*, „IKP” 15.08.1961, Nr. 190; „Słowo Powszechne” 15.08.1961, Nr. 194.
- *Zdaniem W. Ulbrichta w sierpniu 1961 roku ludność NRD przeszła dziejową próbę*, „Dziennik Wieczorny” 26.08.1961, Nr. 200.
- *Zupełnie normalna sytuacja w Berlinie*, „Trybuna Ludu” 16.08.1961, Nr. 223.
- *Życie wróciło do normy*, „Słowo Powszechne” 17.08.1961, Nr. 196.